

# GEW lässt kontroverse Diskussion um die eigene Geschichte nicht zu Wer kommt in der „Mitmach-Gewerkschaft“ zu Wort?

## Mitglieder-Stellungnahme zur bisherigen Auseinandersetzung um Max Traeger

Seit fast 20 Jahren wird eine selbstkritische Auseinandersetzung der GEW mit ihrer eigenen Geschichte eingefordert. Schon 1998 forderte Benjamin Ortmeier, Professor für Erziehungswissenschaft, Leiter der Forschungsstelle NS-Pädagogik an der Goethe-Universität Frankfurt und GEW-Mitglied, in einem Offenen Brief an die damalige Bundesvorsitzende und den Hauptvorstand der GEW: „Die GEW muss ihre eigene Tätigkeit kritisch überprüfen!“ Lange Jahre passierte dann aber so gut wie nichts.

Im Oktober 2016 wurde die Forderung nach einer selbstkritischen Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte der GEW massiv angeschoben durch den Offenen Brief des Bundesausschusses der Studentinnen und Studenten der GEW (BASS) an den Hauptvorstand und die Mitglieder der GEW: „Für die Umbenennung der Max-Traeger Stiftung / Max Traeger – kein Vorbild!“ ([keinvorbild.files.wordpress.com/2016/10/offener-brief-des-bass-der-gew-mit-anhang.pdf](http://keinvorbild.files.wordpress.com/2016/10/offener-brief-des-bass-der-gew-mit-anhang.pdf)). In diesem Offenen Brief werden triftige Gründe für die Umbenennung dieser wissenschaftlichen Stiftung der GEW genannt.

Als „Vorbild“ wird ein Mann hingestellt,

- der in Hamburg einer Partei angehörte, welche 1933 in Hamburg eine Koalitionsregierung mit der NSDAP gebildet hatte;
- der am 1. Mai 1933 dem NSLB beigetreten ist und die Lehrerorganisation „Gesellschaft der Freunde des Vaterländischen Schul- und Erziehungswesens“ mit allem Hab und Gut in den NSLB überführt hat;
- der – offenbar fernab der geringsten Einsicht – im Oktober 1945 in einer Rede all jener „Kollegen“ gedachte, *„die hier und fern von Hamburg im Dienste des Vaterlandes ihr Leben ließen“*;
- der nach 1945 der FDP angehörte, die z.B. auf einem Wahlplakat 1949/50 verkündete: *„Schlusstrich drunter! Schluss mit Entnazifizierung...“*
- der führend mitwirkte, dass die GEW in Hamburg in den Besitz von „arisiertem“ Eigentum gelangte.

Seitens des GEW-Hauptvorstands wurde nun zwar allgemein erklärt, dass die eigene Geschichte aufgearbeitet werden soll und dabei auch die Rolle von Max Traeger „ergebnisoffen“ bewertet werden soll. Doch sehr rasch wurden die Weichen in Richtung auf Verhinderung einer wirklich demokratischen und selbstkritischen Debatte über die GEW-Vergangenheit gestellt.

- Dem BASS, einem offiziellen GEW-Organ, wurde die Veröffentlichung des Offenen Briefes auf der Homepage des BASS in der GEW verboten (s. Erklärung des Sprecherteams des BASS vom 15.11.16)
- Auf der Sitzung des GEW-Hauptvorstands am 24./25.3.2017 hielt der ehemalige Vorsitzende der GEW Hamburg, Hans-Peter de Lorent, einen Vortrag, der in dem apologetischen Fazit mündete *„Die GEW kann stolz darauf sein, Max Traeger als ersten Vorsitzenden nach der NS-Zeit gehabt zu haben und sollte ihm ein würdiges Andenken bewahren.“* Der GEW-Hauptvorstand selbst positionierte sich per Beschluss wie folgt: *„Vor dem Hintergrund dieser Arbeit sieht der Hauptvorstand zur Zeit keine Veranlassung zur Umbenennung der wissenschaftlichen Stiftung der GEW.“*
- Auf dem GEW-Bundeskongress im Mai 2017 hatte wiederum Hans-Peter de Lorent die Möglichkeit, seine Sichtweise darzulegen, indem er sein zu diesem Zeitpunkt noch nicht erschienenenes apologetisches Buch über Max Traeger präsentierte. Einer entgegengesetzten Position wurde diese Möglichkeit nicht eingeräumt.
- In E&W 5/17 kam erneut ausschließlich Hans-Peter de Lorent zu Wort. In einem zweiseitigen Beitrag erklärte er Max Traeger zum *„Gegner des Nationalsozialismus“* (S. 25-26). Die reale Praxis der NS-Indoktrination durch den Nationalsozialistischen Lehrerbund (NSLB) komplett ignorierend, wird in typisch bundesrepublikanischer NS-Geschichtsbeschönigung verkündet, die NSLB-Mitgliedschaft sei angeblich

„kein Beleg für nationalsozialistische Gesinnung“. In E&W 6/17 wurde in dieselbe Richtung nachgelegt. Zur Rechtfertigung des Mitläufertums von Max Traeger und anderen wird die Weigerung, 1933-1945 Widerstand zu leisten legitimiert und in der Person von Max Traeger faktisch gar als vorbildlich erklärt. In beiden Nummern erhalten die Vertreter\*innen der Gegenposition keine Möglichkeit, ihre Argumentation darzulegen, werden aber massiv angegriffen. In E&W 7/17 ist dann zum Thema Max Traeger nichts mehr zu finden. Nicht ein einziger Leser\*innenbrief zu den beiden vorgenannten Artikeln wird abgedruckt, was die Schreiber\*innen derselben mit großer Irritation zur Kenntnis nehmen.

Die Situation in den einzelnen Landesverbänden der GEW kann selbstverständlich im Einzelnen nur von den Mitgliedern des jeweiligen Landesverbands beurteilt werden. Der Landesverband Hessen hat sich für die Umbenennung der Max-Traeger-Stiftung ausgesprochen. In Hessen und Hamburg beispielsweise spiegelt sich die Auseinandersetzung um die GEW-Geschichte und um die Rolle von Max Traeger auch in den Zeitungen der dortigen Landesverbände wider. Der Kreisverband Osnabrück hat bereits 2016 den Offenen Brief des BASS vollständig in seinem Informationsorgan „Paukos“ Nr 2/2016 abgedruckt. Der Kreisverband Offenbach hat sich ausdrücklich für die Umbenennung der Max-Traeger-Stiftung ausgesprochen.

Festzuhalten ist:

Von einer demokratischen Auseinandersetzung innerhalb der GEW kann keine Rede sein, wenn nur eine Seite zu Wort kommt, der anderen Seite aber die Darstellung der eigenen Position verweigert wird. So ergibt sich die absurde und beschämende Situation, dass die Gegenposition sich – von Ausnahmen abgesehen – bisher nur außerhalb der GEW artikulieren kann, zum Beispiel im Rahmen des ASTA der Goethe-Universität Frankfurt, in der taz, der Frankfurter Rundschau oder der Jüdischen Allgemeinen.

### **Verstrickt in die „Zweite Schuld“**

Für am Thema interessierte Mitglieder ist es nicht nachvollziehbar, wenn der Hauptvorstand der GEW und die E&W als bundesweite Mitgliederzeitschrift sich nun, nachdem Fakten auf den Tisch kamen und endlich Konsequenzen gefordert werden, sich dem massiv entgegen stellen und gar noch jene diffamieren und ausgrenzen, die an wirklicher Aufklärung arbeiten. Der Anspruch der Aufklärung steht im diametralen Gegensatz zur feststellbaren Tendenz, mit allen Mitteln zu verhindern, dass in der GEW Positionen Raum finden oder auch nur publik gemacht werden, welche der Pro-Traeger-Position des Hauptvorstands widersprechen.

\* \* \*

Jedes einzelne Mitglied kann in und mit der GEW eine Menge bewegen. Das setzt aber voraus, dass es von „unten“ nach „oben“ Raum für Engagement und Auseinandersetzung gibt. Der produktive Dialog – und wenn es sein muss – auch der Streit nach innen und außen, dies ist der Weg, um in allen relevanten Fragen auf der Höhe der Zeit zu bleiben, Fehler zu korrigieren und die Erstarrung in Verkrustungen zu vermeiden.

Wir möchten abschließend auch die Frage stellen: Wie soll die GEW junge und kritische neue Mitglieder gewinnen können, wenn eine wichtige Initiative der Studierenden in der GEW (BASS) innerhalb der GEW keinerlei Möglichkeit bekommt, sich zu artikulieren und wenn versucht wird, in Organen der GEW jede kontroverse Diskussion, ja sogar Information darüber zu verhindern?!

Wir appellieren an alle, denen an einer konstruktiven Vorwärtsentwicklung der GEW gelegen ist, sich dafür einzusetzen, dass in der GEW auf allen Ebenen und in allen Organen in demokratisch-konstruktiver Weise diskutiert und gearbeitet werden kann – und dies gerade auch im Hinblick auf die eigene Vergangenheit der GEW insgesamt und sehr konkret auch in jedem Landesverband und vor Ort.

Ute Schmitt und Wolfgang Häberle, langjährige Mitglieder der GEW Bayern

Juli 2017